

# Beschluss: Strategischer Rahmen für die Energieversorgung in Deutschland

*(vorbehaltlich der Überprüfung des Wortprotokolls)*

**Unser Ziel ist eine langfristig sichere, bezahlbare, international wettbewerbsfähige, natur- und ressourcenschonende, treibhausgasarme Energieversorgung für Deutschland im europäischen Rahmen.**

Weltweites Bevölkerungswachstum und global fortschreitender gesellschaftlicher Wohlstand bedingen einen stetig wachsenden Energiebedarf. Der derzeitige Mix an Energieträgern führt zur Erhöhung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre. Deutschland hat sich im Rahmen der EU das ambitionierte Ziel gesetzt, Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen.

Mit dem Jahr 2022 sind fundamentale Mängel der deutschen Energiepolitik offen zutage getreten. Der derzeit beschrittene Weg zur zukünftigen Energieversorgung Deutschlands erweist sich als Sonderweg, mit dem die Ziele der Bezahlbarkeit, Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit nicht erreichbar sind. Unser Wohlstand und damit die verschiedenen Sozialsysteme sowie unsere Möglichkeiten, zu globalen Zielen beizutragen, sind gefährdet.

Heute basieren 80 Prozent unserer Endenergieversorgung auf fossilen Brennstoffen. Wie diese vollständig ersetzt werden sollen, ist ungeklärt. Der bisherige Weg der staatlich verordneten Energiewende wird scheitern. Auch wir treten für eine Energieversorgung ohne Emission von Treibhausgasen ein. Die Fokussierung auf Wind- und Solarenergie wird nicht reichen, um die Energielücke zu schließen.

Um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen und dem Wohlergehen des deutschen Volkes zu dienen, ist daher eine grundsätzliche Neubestimmung des Weges zu einer treibhausgasarmen, zuverlässigen, wettbewerbsfähigen, bezahlbaren und umweltverträglichen Energieversorgung dringend erforderlich. Dazu:

- **Brauchen wir eine substanzielle, ideologiefreie Ausweitung des Energieangebots.** Eine bewusst herbeigeführte Verknappung und damit bedingte Zuteilung der Energie lehnen wir ab, um den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland nicht zu gefährden und Privathaushalten keine Energiemangelwirtschaft aufzubürden. Die bereits vorhandene Energieinfrastruktur ist wertvoll und muss auch aus Nachhaltigkeitsgründen für die zukünftige Nutzung mit anderen Energieträgern erhalten bzw. angepasst werden. In diesem Sinne unterstützen wir kommunale und privatwirtschaftliche Initiativen, die eine dezentrale Energieversorgung zum Eigenverbrauch analog zu den Quartierslösungen in Stadt und Land einfach und unbürokratisch umsetzen.
- **Wollen wir mit Innovation und Technologie die Treibhausgasemissionen der Energieversorgung reduzieren.** Dazu dienen der Wettbewerb verschiedener emissionsarmer Energieträger und Energiespeichertechnologien sowie insgesamt eine höhere technologische Souveränität in Deutschland. Der von

der EU bereits eingeführte CO<sub>2</sub>-Preis ist das zentrale, effiziente und einfache marktwirtschaftliche Steuerungselement. Daher ist das für große Industrieunternehmen und Energieerzeuger bestehende europäische Handelssystem für CO<sub>2</sub>-Emissionen (ETS) zeitnah auf alle Branchen und Emittenten zu erweitern. Nur so kann in Zukunft der Abbaupfad an Emissionen in Europa gesichert eingehalten werden.

- **Bevorzugen wir eindeutig marktwirtschaftliche Anreize statt Planwirtschaft.** Wegen der hohen Komplexität des Aufbaus eines neuen Energiesystems, derzeit ungeklärter und auch kurzfristig nicht ausreichend klärbarer Fragen wie
  - zum zukünftigen zeitlichen Bedarfsverlaufs an unterschiedlichen Energieträgern,
  - zu den Kosten des Energieimports im Vergleich zur heimischen Herstellung,
  - zu Kosten und Technologien der Energiespeicherung aber auch wegen fortlaufender Innovationen können planwirtschaftliche Konzepte prinzipiell nicht funktionieren, weshalb wir uns ausschließlich für marktwirtschaftliche Ansätze aussprechen.
- **Fordern wir deutlich vereinfachte Rahmenbedingungen** zur Umsetzung dezentraler Konzepte (auch Quartierskonzepte) zur ortsoptimierten Energiegewinnung und Speicherung. Dies eröffnet kommunalen, privatwirtschaftlichen sowie genossenschaftlichen Initiativen Chancen zur Selbstversorgung und den Unternehmen, die diese vernetzten Systeme technisch weiterentwickeln, wirtschaftliche Perspektiven. Dezentrale Konzepte müssen unbeachtet ihrer Größe von behördlichen und steuerrechtlichen Vorschriften und Vorgaben sowie von Netzanschluss- und Durchleitungsgebühren angemessen von allen noch bestehenden bürokratischen Auflagen befreit werden.
- **Erkennen wir, dass langfristig berechenbare und attraktive Bedingungen für die erforderlichen Investitionen nicht allein durch politische Maßgabe erreicht werden können, sondern vertraglicher Sicherheit bedürfen.** Wir setzen uns für ausgewogene Lösungen im Spannungsfeld Marktwirtschaft – Marktregulierung (Strommarktdesign) – staatliches Engagement ein und werden dazu Vorschläge erarbeiten.
- **Unterstützen wir weiterhin die Bestrebungen der Europäischen Kommission hin zur Vollendung des gemeinsamen europäischen Energiebinnenmarkts.** Ein grenzüberschreitender europäischer Wettbewerb führt zu niedrigen Energiepreisen für Industrie und Verbraucher auch in Deutschland und trägt darüber hinaus zur Versorgungssicherheit bei. Zugleich ist uns bewusst, dass eine europäische Energieautarkie weder wirtschaftlich noch umweltgerecht möglich ist.
- **Weisen wir darauf hin, dass eine nationale Energieversorgungsstrategie, selbst im EU-Kontext, den globalen Ausstoß an Treibhausgasen nicht stoppen, aber wichtige Impulse setzen kann.** Globales Denken und freier Handel mit

allen Regionen dieser Welt, wettbewerbsfähige Steuern und Abgaben sowie qualifizierte Fachkräfte sind notwendige Rahmenbedingungen für das Gelingen der Umstellung der Energieversorgung.

- **Beachten wir, dass diese Transformation der Energieversorgung erhebliche Chancen bietet, aber auch eine Herkulesaufgabe ist, deren Zeit- und Kostenaufwand nicht unterschätzt werden darf und die wir mit Augenmaß, pragmatisch und ohne Überforderung der Gesellschaft angehen werden.** Die Konsequenzen für unsere Gesellschaft müssen daher immer begleitend diskutiert und Entscheidungen mit Blick auf das allgemeine Bürgerwohl getroffen werden.

**Daher fordern wir, die Entwicklung eines realistischen, strategischen, erfolgskontrollierbaren und nachjustierbaren Rahmens für den Umbau unserer Energieversorgung entsprechend oben erläuterten Aspekte.**

Dieser Rahmen soll die Definition des Zielzustands, strategische Handlungsvorschläge, geeignete Haltepunkte und Erfolgskriterien umfassen, um regelmäßige Erfolgskontrollen und geeignete Anpassungen zu ermöglichen. Er muss die kritischen technischen und wirtschaftlichen Aspekte benennen und eine zeitnahe Klärung durch die verantwortlichen Akteure fordern. Beispiele für solche kritischen technischen bzw. wirtschaftlichen Aspekte sind:

#### **Zeitschiene und Investitionen**

Der Umbau des gesamten Energiesystems ist für eine Hochtechnologie- und Industrienation wie Deutschland eine sehr große Herausforderung. Der derzeit vorgesehene, kurze Zeitraum von ca. 20 Jahren setzt hocheffizientes und effektives politisches Handeln voraus. Die Energiebranche ist so kapitalintensiv wie kaum eine andere Branche. Daher sind hier verlässliche staatliche Rahmenbedingungen unerlässlich, um die notwendigen massiven privaten Investitionen zu ermöglichen.

#### **Wärme und Nutzerkosten**

Die Wärmeversorgung erfolgt in Deutschland aktuell größtenteils auf Basis fossiler Energieträger. Die Umstellung der dezentralen und zentralen Wärmeversorgung auf treibhausgasarme Quellen muss erfolgen, ohne mit den Erzeugungskosten die Nutzer zu überfordern. Hier verbirgt sich der größte soziale Sprengstoff bei der Umstellung unserer zukünftigen Energieversorgung.

Das richtige Ziel der Klimaneutralität im Gebäudebestand 2045, das wir Freie Demokraten unterstützen, stellt Eigentümer und Mieter vor große finanzielle und technische Herausforderungen.

Die wesentliche Herausforderung stellt die Klimaneutralität im Gebäudebestand dar. Diese zu erreichen, ist nicht auch eine soziale Frage, da die nötigen Investitionen in den Gebäudebestand und die Kosten der Umstellung auf erneuerbare Wärmeerzeugung die Kosten des Wohnens erhöhen und Immobilienbesitzer erheblich finanziell belasten werden. Bewohner, Eigennutzer, Mieter, Eigentümer und Vermieter sehen sich somit in Zukunft hohen Kosten ausgesetzt, die der Staat angesichts der insgesamt veränderten finanzpolitischen Prioritäten nicht oder nur begrenzt kompensieren kann.

Es müssen deshalb alle Ansätze genutzt werden, das Klimaziel im Bereich der Gebäudewärme möglichst effizient zu erreichen. Wesentliche Voraussetzung dafür ist, Gebäudeeigentümern und -eigentümerinnen ein möglichst großes Maß an Technologieoffenheit und Wahlmöglichkeiten zur Entscheidung zu belassen. Ein effizienter Maßnahmenmix aus Gebäudedämmung und dem Heizen mit erneuerbaren Energien muss für jedes Gebäude individuell gefunden werden. Zu starke Einengungen der verfügbaren und zulässigen Maßnahmen über Gesetze und Verordnungen sind unbedingt zu vermeiden.

Wir Freie Demokraten stellen deshalb 4 wesentliche Forderungen an die Regelungen zur künftigen Wärmeversorgung von Gebäuden:

1. Die CO<sub>2</sub>- Emission muss zum zentralen Parameter zur Steuerung des Umbaus der Wärmeversorgung werden
2. Technologieoffenheit ist auch im Wärmebereich entscheidend und muss in allen Fällen gewährleistet werden
3. Es müssen verstärkt alle Möglichkeiten erschlossen und genutzt werden, um weitere erneuerbare Wärmequellen zu erschließen und/oder auszubauen
4. Quartierslösungen und Verrechnungen zwischen Gebäuden müssen möglich werden; nicht jedes Gebäude muss für sich alle Auflagen erfüllen

#### **Wetterabhängigkeit und Speicher**

Die volatile, nicht bedarfsorientierte Stromerzeugung durch wetterabhängige PVA und WEA bedingt die ständige Bereitstellung gesicherter Stromerzeugungskapazitäten wie zum Beispiel der von der Bundesnetzagentur vorgeschlagene Bau von mindestens 15-25 GW an H<sub>2</sub>-ready Gaskraftwerken und/oder noch zu entwickelnder, genügend großer Energiespeicher und der Digitalisierung der Netze und Anschlüsse (Smart-Grid), die eine europäisch abgestimmte Überarbeitung des Strommarktdesigns inklusive Kapazitätsmarkt notwendig macht. Das nationale Regelwerk in Deutschland muss dahingehend angepasst werden, auch um international wettbewerbsfähig zu sein.

#### **Das Geschäftsmodell von morgen ist die Digitalisierung von heute**

Die Digitalisierung ist sowohl Treiber als auch notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Dank der digitalen Analyse von Energieangebot und -nachfrage, der Automatisierung von Leistungsprozessen und innovativen Informationstechnologien kann der Ausbau eines intelligenten und integrierten Gesamtsystems beschleunigt und die Vernetzung verschiedener Sektoren ermöglicht werden. Die Datenschutz-Anforderungen bei innovativen Technologieanwendungen, unter anderem im Smart Home- und Internet-of-Things-Bereich, sind nicht praxisgerecht. So erfordern die notwendigen Zertifizierungs- und Rechtsprozesse hohe personelle und juristische Expertise, die bei Start-ups oftmals zu prohibitiv hohen Kosten und damit einer Einschränkung der gesamtwirtschaftlichen Innovationstätigkeit führen. Wir werden daher eine unternehmerfreundlichere Reform der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) umsetzen, um Start-ups im Energiebereich die Geschäftstätigkeit zu ermöglichen. Der Schutz von personenbezogenen, nicht-anonymisierten Daten muss dabei stets gewährleistet sein. Smarte Lösungen auch für die dezentrale Energieversorgung bieten ein

riesiges Potenzial für die Zukunft des Energiemarkts. Dazu gehört die Nutzung von zusammenschalteten, dezentralen Stromerzeugungs- („virtuelle Kraftwerke“) und Stromspeichereinheiten sowie die Unterstützung bei privaten Mieterstrom-Modellen. Aber auch hier bedarf es eines Neudesigns in der rechtlichen Umsetzung sowie der Umlagensystematik. Neben der Innovationstätigkeit bei smarten Steuerungs- und Kommunikationstechnologien müssen die regulatorischen Rahmenbedingungen und Abrechnungsmodalitäten für Mieterstrom Verträge verbessert und neue Geschäftsideen bürokratiearm umsetzbar werden. Die regulatorische Komplexität führt gegenwärtig dazu, dass Anlagenbetreiber oftmals eine rein private Nutzung vorziehen, obwohl eine größere Stromerzeugungs- oder Stromspeichereinheit mit einer Versorgung der Nachbarschaft effizienter wäre. Der Rollout von intelligenten Mess- und Steuereinrichtungen (Smart Meter Gateways) muss deutlich vereinfacht und beschleunigt werden. Dies ist die Voraussetzung für eine intelligente Steuerung von neuen Verbrauchern wie Wärmepumpen oder Wallboxen zum Laden von E-Autos.

### **CCS/CCU und blauer Wasserstoff**

Wie bereits in einigen europäischen Ländern (zum Beispiel Niederlande und Norwegen) ist die Speicherung von CO<sub>2</sub> (Carbon Capture and Storage; CCS/CCU) zu erlauben. Ohne diese Technologie wird die CO<sub>2</sub>-Reduktion in vereinbartem Umfang zu akzeptablen Preisen bei gleichzeitig gesicherter Energieversorgung nicht funktionieren. So kann auch ein schneller Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft anfangs basierend auf blauem Wasserstoff und späterem Umstieg auf grünen Wasserstoff, sobald dieser nicht nur wettbewerbsfähig, sondern auch in ausreichendem Umfang zur Verfügung steht, gewährleistet werden. Zusätzlich bzw. auch alternativ sollte die Nutzung von Methan in der Methanpyrolyse (türkiser Wasserstoff) als weiterer Eckpfeiler einer CO<sub>2</sub>-freien Erzeugung von Wasserstoff effizient und in der räumlichen Nähe zu den Verbrauchern erfolgen, wodurch der Transport zu vereinfachen wäre und entstehende Abwärme verwertbar würden.

### **Kernkraftwerke nicht vorschnell stilllegen**

Wegen des russischen Gasembargos mussten wir Kohlekraftwerke aus Gründen der Versorgungssicherheit wieder in Betrieb nehmen mit der Folge klimaschädlicher CO<sub>2</sub>-Emissionen. Der Ausstieg aus der Kernkraft ist Gesetzeslage, er bleibt ein deutscher Sonderweg. Wenn wir klimaneutral werden wollen, dann war der Ausstieg ein Fehler. Die gesellschaftliche Akzeptanz für Kernkraft hat sich im letzten Jahr wesentlich erhöht. Die Bewertung der Kernenergietechnik muss vor dem Hintergrund zukünftiger neuer Technologieentwicklungen vorgenommen werden.

Vor diesen Hintergrund sprechen wir uns dafür aus, die derzeit noch funktionsfähigen Kernkraftwerke in Deutschland in Reserve zu halten, um einen späteren Weiterbetrieb bei Einhaltung der Sicherheitsauflagen grundsätzlich zu ermöglichen. Das beinhaltet ein Rückbaumoratorium, um die Möglichkeit des Weiterbetriebes zu erhalten, die noch funktionstüchtigen oder mit vertretbarem Aufwand ertüchtigbaren deutschen Kernkraftwerke vorerst nicht stillzulegen und betriebsbereit zu halten.

Wir wollen national und europäisch die Forschungs- und Ausbildungskapazitäten im Hochtechnologiebereich Kernkraft stärken sowie bestehende Lehrstühle und

Forschungsgruppen, wie beispielsweise den Lehrstuhl für Nukleartechnik in München oder den Lehrstuhl für Wasserstoff- und Kernenergietechnik in Dresden, weiter ausbauen.

Wir unterstützen die Entwicklung, Erprobung und Nutzung neuartiger Reaktorkonzepte mit inhärenten Sicherheitseigenschaften, wie beispielsweise Small Modular Reactor, um Deutschland langfristig wieder zum technologischen Vorreiter in diesem Technologiesektor zu machen. Ebenso wollen wir insbesondere Kernenergietechnologien, die zu einer erheblichen Verringerung der Langzeit-Radioaktivität von bereits genutzten Brennelementen führen, fördern. Insbesondere das „Recycling“ von „abgebrannten“ Brennelementen kann zudem die Nachhaltigkeit und Sicherheit der Kernenergieerzeugung verbessern.

Technologieoffenheit bedeutet für uns auch, dass neben Forschungsprojekten vor Ort auch die dauerhafte Nutzung von Kernkrafttechnologien in Deutschland möglich sein muss.

Dazu gehört, dass notwendige Haushaltsmittel des Bundes für die Fusionsenergie-Forschung in Deutschland bereitgestellt werden.

Darüber hinaus wollen wir, dass Deutschland mit der Urananreicherungsanlage in Gronau und der Brennelementefertigung in Lingen weiterhin Standort der Kerntechnologie bleibt.

### **Unnötige Treibhausgas-Emissionen vermeiden**

Wir importieren mit Fracking gefördertes Erdgas als LNG vom amerikanischen Kontinent, statt unsere verbliebenen Erdgaslagerstätten zu explorieren. Durch das Handling, die notwendige Verflüssigung für den Transport, Boil-Off-Raten von mindestens 0,1 Prozent/d und die Regasifizierung entweicht das potente Treibhausgas Methan. Es ist befremdlich, dass die Exploration unserer heimischen Gasvorkommen aufgrund anderer Überzeugungen auf Kosten der Bürger des Landes abgelehnt wird.

### **Importe und Diversifizierung**

Auch die zukünftige Energieversorgung wird in erheblichem Maße von Importen abhängen, die auf einem erst noch entstehenden Weltmarkt im Wettbewerb zu anderen Ländern beschafft werden müssen und für die die erforderlichen Investitionen international und national noch vorzunehmen sein werden.

Dabei ist auf eine Diversifizierung bezüglich der Art der Energieträger (zum Beispiel Kernfusion und E- Fuels) und bezüglich der Exportländer zu achten, um zu große Abhängigkeiten zu vermeiden.

### **Fazit**

Beim Aufbau einer neuen Energieversorgung muss das Potential innovativer, privatwirtschaftlicher Kräfte aus der Energiebranche eine zentrale Rolle spielen und zugleich muss der Staat langfristig zuverlässige Rahmenbedingungen bieten, um Investitionssicherheit und -bereitschaft zu schaffen. Dazu soll ein realistischer, strategischer, erfolgskontrollierbarer und nachjustierbarer Rahmen für die zukünftige Energieversorgung in Deutschland entwickelt werden.